

Kommentare und Berichte

Antideutsche Welle?

Wie das Ausland
die Bundesrepublik sieht

„Muß sich das die Bundesrepublik gefallen lassen?“, fragte der Bonner ARD-Korrespondent Friedrich Nowotny in einer Fernsehsendung zur besten Sendezeit (2. 11. 1977, 20.15–21.00 Uhr, 1. Programm), in der Stimme einen Unterton von Unverständnis und Aggression angesichts eines Phänomens, das in der besagten Sendung unter dem Titel „Die Deutschen: geachtet, gefürchtet und gehaßt“ dem durchgängigen Trend bundesdeutscher Berichterstattung in diesen Tagen folgend schlicht als „antideutsche Kampagne“ dargestellt wurde: Die vielfältige Kritik aus dem Ausland, gerade auch aus dem westlichen, an Vorgängen im Zusammenhang des Falls Schleyer, die Besorgnis über Zustand und politische Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik ausgelöst hatten.

„Antideutsch“? – Diese selbstgerechte Sprachregelung beherrscht die bundesdeutschen Medien gegenwärtig fast total. Gewiß gibt es Überspitzungen in mancher Auslandsstimme, aus mangelnder Vertrautheit mit der Situation oder – in manchen Blättern der Rechten – auch aus einer nationalistischen Reaktion auf als provozierend nationalistisch empfundene deutsche Großmachtöne heraus. Aber man erinnert sich, daß auch ausländische Kritik an der Praxis der Berufsverbote schon als „antideutsch“ abgestempelt und damit offenbar selbstkritischem Überdenken entzogen werden sollte. Vollends hellhörig macht es, wenn etwa der „Bayernkurier“ den Vorsitzenden der

Kanzlerpartei, Willy Brandt, als „antideutsch“ bezeichnet. In das sich abzeichnende Bild paßt es, wenn in der besagten Fernseh-Sondersendung zwar in aller Breite erklärt wird, daß hinter der angeblich antideutschen Reaktion des Auslands der Neid auf „die erfolgreiche, die geordnete und antikommunistische Bundesrepublik“ (letzteres also offenbar auch als beneidenswerte Tugend verstanden) stehe, letztenendes also – man ahnte es – „linksradikale Drahtzieher“ sowie naive bürgerliche Mitläufer. So gut wie keine einzige der „antideutschen“ Auslandsstimmen aber wird im Wortlaut wiedergegeben oder auch nur referiert. Dahinter muß der sehr bewußte Versuch vermutet werden, durch ganz pauschale, mit wenigen überzogenen Auslandskritiken oberflächlich abgesicherte Diffamierung als antideutsch die von links bis rechts reichende Kritik aus dem Ausland unschädlich zu machen, um die Bundesbürger gegen das mögliche Eindringen von alternativen Auffassungen über die Ursachen der Krise und ihre Überwindung zu immunisieren.

Es erscheint deshalb um so angebrachter, sich mit dem zu beschäftigen, was ernsthafte und besorgte Kritiker in Ländern, die mit der Bundesrepublik verbündet sind, *tatsächlich* sagen. Die in der Bundesrepublik unerwünschte Nachdenklichkeit und Besorgnis unserer Nachbarn bezieht sich vor allem auf vier Fragenkomplexe: 1. die wirklichen Ursachen und Bedingungen des Terrorismus in der BRD; 2. den gegenwärtigen Zustand dieses Landes, im Angesicht des Falls Schleyer; 3. Zweifel an der Bereitschaft der offiziellen Stellen, alle Umstände der Maßnahmen im Fall Schleyer, insbesondere aber der Vorgänge in Stammheim, rückhaltslos aufzuklären; 4. die Sorge vor

einem Export „bundesdeutscher Zustände“, des „Modells Deutschland“ in die Nachbarländer.

1. *Welches sind die wirklichen Ursachen des Terrorismus?*

Die Kritik vieler ausländischer Betrachter setzt bereits bei den *Ursachen* des Terrorismus in der BRD an. Dabei kommen Fragen und Zusammenhänge zur Sprache, die in der Bundesrepublik sorgfältig ausgeklammert und der Tabuisierung bzw. dem Verdacht des „Sympathisantentums“ anheimgegeben werden.

Die Schweizer „Weltwoche“ spricht von einem „Geschwür, das unleugbar im bundesdeutschen Leib gewachsen ist, nicht infiltriert, nicht importiert, keine fünfte Kolonne, nicht nach Moskau, Peking oder Pankow zurückverfolgt werden kann. Als Eigengewächs ist es unbegreiflich in einer Bundesrepublik, die eine Generation lang einen geradezu modellhaften, exportfähigen sozialen Frieden hatte, konfliktlos wachsen konnte, und die bislang alle Unruhestifter, ob Feinde oder ‚Feinde‘ im Osten, in der Zone, in der DDR ansiedeln konnte.“ (21. 9. 1977) – „Das Delirium der ‚Baader-Bande‘ und ihrer Freunde aber“ – so „Le Monde“ – „stützte sich auf das Festgefahrensein einer zu fest strukturierten Gesellschaft ohne Ventil für irgendwelche außer-verfassungsmäßigen Proteste. Ein tugend-samer Topf mit einem zu fest geschlossenen Deckel, was es keineswegs rechtfertigt, aber ein wenig erklärt . . . Sündenböcke sind all diejenigen, die jenseits des Rheins im Verdacht stehen, ‚nicht richtig zu denken‘, Anhänger einer ‚Linken‘ zu sein, die querbeet dem Kommunismus und der Anarchie oder dem ‚Nihilismus‘ zugeordnet wird.“ (25. 10. 1977)

Zu einer ganz ähnlichen Ursachenanalyse wie die liberale Zeitung „Le Monde“ kommt „L'Humanité“: „Gewalt, die absurde und gefürchtete Gewalt der Anarchisten, ist kein Unfall der Geschichte. Sie ist die tragische Frucht des Systems, das Schmidt und Strauß in den Himmel

heben. Das deutsche ‚Wunder‘ hat zu einer schweren Krise geführt, die kaum beginnt. Die Jugend wird voll von der Arbeitslosigkeit getroffen. Der Kapitalismus sekretiert die Übel, ohne die er nicht überleben kann. Hinter dieser Verzweiflung werden – zu einem Zeitpunkt, da die Erinnerung an die Primitivität der Nazis noch wach ist – alle Arten von Irrsinn sichtbar. Der Terrorismus gehört dazu. Der Terrorismus liefert gerade jenen, die er angeblich bekämpfen will, eine entscheidende Waffe. Denn er wird gegen jeden Wunsch nach sozialer Veränderung, gegen jeden Wunsch nach Wechsel, gegen jedes Streben nach Freiheit ausgenutzt.“ (22. 10. 1977)

Auch „Le Monde“ kommt bei der Analyse der Hintergrundinteressen zu diesem Ergebnis: „Im Grunde sind sie sehr nützlich, diese Terroristen jeder Couleur: Sie konsolidieren – ohne daß es ihre Absicht wäre – die lädierten Mauern von Gesellschaften in der Krise, indem sie es den Wohlmeinenden erlauben, die Kritik zum Schweigen zu bringen und die Analysen zu vermeiden. Es ist offensichtlich viel leichter, sich über die Zukunft der Demokratien angesichts des Terrorismus zu befragen, als den Versuch zu unternehmen, über ein System nachzudenken, das Arbeitslosigkeit erzeugt, der Jugend wenig Hoffnung läßt, die Natur zerstört und die Diktaturen in der Dritten Welt stützt . . . Und wehe denen, die bei aller Verurteilung ihrer (der Terroristen) Methoden sich fragen, ob ihre Abweichung nicht die erschreckende Widerspiegelung des Verrats ist, den die freien Staaten an den von ihnen proklamierten Idealen begehen! Wenn solche Überlegungen, Attentate auf die Intelligenz, Gewicht zu erhalten beginnen, ist es an der Zeit, sich über die Gesundheit der Demokratie Rechenschaft abzulegen.“ (13. 9. 1977)

Die „Basler Zeitung“ sieht folgenden Kontext: „Man empört sich zu Recht über Entführungen und Morde in der Bundesrepublik – empörte und empört man sich dementsprechend über die Unverhält-

nismäßig größeren Verbrechen des Dritten Reiches? (Sind Kapplers Taten, ist Schleyers Vergangenheit vergessen?) Empören wir uns angemessen über den weiterreichenden Terror in Chile, in Oststaaten, in Südafrika? Läßt der Zorn auf deutsche Terroristen keinen Raum mehr für zornige Proteste gegen die entsetzliche Neutronenbombe?" (1. 10. 1977)

Das Kopenhagener „Ekstrabladet“ stellt am 28. 10. 1977 fest: „Unter dem Vorwand der Sorge über den Terrorismus eskaliert die Polizeigewalt und reduzieren sich durch neue Gesetzgebung die demokratischen Bürgerrechtsgarantien drastisch. Das Berufsverbot hat Tausende von Deutschen wegen ihrer linken Ansichten arbeitslos gemacht . . . Zwei Drittel der Bevölkerung schreien nach der Todesstrafe, und die konservativen Parteien fordern das Verbot kommunistischer Vereinigungen. Ziemlich offen werden Millionen D-Mark mit die Nazi-Ära glorifizierenden und Hitler rein waschenden Filmen, Magazinen, Büchern und Schallplatten gemacht. Für viele ist das schlechte deutsche Gewissen durch eine neue Selbstüberheblichkeit ersetzt worden . . .“ Und das dänische Blatt erklärt dezidiert: „Vor diesem Hintergrund muß der verzweifelte und kriminelle Terrorismus in dem in Westeuropa politisch und wirtschaftlich stärksten Staat gesehen werden. Das ist keine Entschuldigung für den Terrorismus, aber es hilft, ihn zu erklären.“ Die belgische Zeitung „La Wallonie“ stellt sich (am 17. 10. 1977) gleichfalls die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Terroristen und Rechtskräften: „Die Bundesrepublik Deutschland scheint das bevorzugte Ziel des Terrorismus der kleinen Gruppen zu sein. Ist es ein Zufall, wenn von diesem Land auch die Rede ist angesichts des Wiedererwachens einer gewissen verständnisvollen Zuneigung zum alten Faschismus und zu einem modernisierten Autoritarismus? Offensichtlich nein! Die spektakuläre und pseudo-revolutionäre Gewalt findet einen ausgezeichneten geeigneten Boden in einem

Land, das sich in einer Entwicklung befindet, die nicht günstig ist für die Demokratie. Man denke nur an den ‚Terror der Rotationsmaschinen‘.“ Auch einer durch und durch bürgerlichen Zeitung wie „France soir“ ist die Instrumentalisierung der Terrorismus-Debatte in der BRD durch die Rechtskräfte und ihre Presse nicht entgangen: „Unter dem Vorwand, die Wurzeln des Terrorismus zu suchen und dessen Sympathisanten aufzudecken, hat die Presse der Rechten und der christdemokratischen Opposition Halali auf die Schriftsteller, Professoren und Theologen geblasen, die sich der Kritik an der deutschen Gesellschaft schuldig gemacht haben.“ (12. 10. 1977) Daß aber die wahren Ursachen der terroristischen Gewalttätigkeit eben nur durch die kritische Analyse der zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse erhellt werden können, spricht sehr deutlich z. B. der römische „Messagero“ aus: „Viele Deutsche stellen sich den Terrorismus als eine Frucht weniger kranker Gehirne vor, die es zu eliminieren gilt. Dabei machen sie sich nicht klar, daß der Grund für den Terrorismus in der eigenen Gesellschaft liegt . . .“ Und das Blatt fährt fort: „Leider ist die Bundesrepublik ein Land, in dem die Repression zu einem Kult geworden ist. Das ist das Terrain, auf dem der Terrorismus entsteht.“ (25. 10. 1977)

Der Blick in die Auslandspresse zeigt, daß jede ernsthafte Suche nach den wirklichen Ursachen des Terrorismus – und deshalb offenbar ist diese Suche in der BRD selbst so schwierig – unweigerlich auf die alten und neuen Kräfte und Erscheinungsformen der Rechten in diesem Land und auf ihre fatale Kontinuität stößt. So beklagen die „Luzerner Neuesten Nachrichten“ den Verlust des liberalen Denkens in der Bundesrepublik: „Von daher kommt, auch hierzulande, ein dumpfes Angstgefühl vor den deutschen Entwicklungen. Wenn das ‚liberale Denken‘ schwinden sollte, könnten Abenteuerer denken, ihre Zeit sei wieder angebrochen. Nun trifft es sich“, fährt die Schweizer Zeitung, eine in der BRD verpönte

Wahrheit aussprechend, fort, „daß auch das Opfer der Terroristen, daß Hanns Martin Schleyer kein Verteidiger, nicht einmal ein Anhänger des liberalen Denkens war, solange im Dritten Reich des Führers Wille galt . . . Im Terroristenversteck trifft sich deutsche terroristische Gegenwart mit Deutschlands Vergangenheit. Das macht die Szene mit dem Gefangenen der ‚Roten Armee Fraktion‘ so unheimlich.“ (18.9. 1977) In der gleichen Ausgabe der „Luzerner Neuesten Nachrichten“ wird der „Auftrieb“ für „Alt- und Neo-Nazis“ in der Bundesrepublik konstatiert: „Immer offener treten sie auf, oft unbehelligt von der Polizei. Inzwischen sind auch bereits Tausende von Jugendlichen in faschistischen Verbänden organisiert.“

„Der anarchistische Terrorismus und die Entwicklung des Neonazismus“ aber, erklärt „L'Humanité“ (am 12.9. 1977) bündig, „sind zwei Aspekte, über die die internationale öffentliche Meinung ganz besonders und zu Recht beunruhigt ist . . . Neonazis und anarchistischer Terrorismus sind in Wirklichkeit nur zwei Seiten einer und derselben Medaille. Sie gehören nicht nur zusammen, sie leben auch voneinander. Der eine beruft sich auf den anderen als Alibi. Aber in diesem tragischen Spiel gewinnt am Ende die Reaktion . . .“

Aufschlußreich ist das Gespräch, von dem der französische „Nouvel observateur“ in einem „McCarthyismus auf deutsch“ betitelten Artikel (am 10.10. 1977) berichtet: „In Düsseldorf hat uns ein Vertreter des Unternehmerverbandes Ruhr ohne Umschweife erklärt, daß Willy Brandt und seine Freunde – die Sozialdemokraten – nicht willens seien, die Maßnahmen zu ergreifen, die ein Überleben unserer auf Privateigentum gegründeten Gesellschaft garantieren‘ . . . ‚Es sind Männer wie Willy Brandt, die in Deutschland ein Klima geschaffen haben, in dem sich der Terror entwickelt hat.‘“

Einer derart durchsichtigen Ursachenforschung wäre die nachstehende Schluß-

folgerung von „L'Unità“ (Rom) gegenüberzustellen: „Wenn man aus dieser jüngsten Tragödie eine Lehre ziehen kann, dann liegt diese in der klaren Erkenntnis, . . . daß entscheidende Schritte auf dem Weg zu Wandlungen der politischen und sozialen Beziehungen, der wirtschaftlichen Struktur gemacht werden müssen, ohne die wir niemals aus der hysterischen Krise herauskommen werden, deren heftigste, aber nicht einzige Symptome die brutalen Taten der verschiedenen Terrorbanden sind.“ (18.10. 1977) Oder mit den Worten der bürgerlichen „Basler Nachrichten“ gesprochen: „Über Fragen wie die, ob die deutsche Demokratie nach 1945 nicht mit zuviel Restauration belastet worden ist, ob es nicht an einem Engagement der Bürger für die Demokratie und dieser Demokratie an die Jugend beeindruckenden Perspektiven fehlt, wird nach dem Ende des akuten Entführungsdramas auch in der Bundesrepublik diskutiert werden müssen.“ (4.10. 1977)

Oder aus US-amerikanischer Sicht: „Natürlich ist Westdeutschland nicht die Weimarer Republik und noch viel weniger das Dritte Reich. Man kann sich jedoch den Beobachtungen nicht entziehen, daß die Vorkommnisse in der letzten Woche gezeigt haben, daß die Denkungsart, die Hitler an die Macht gebracht hat und diese hat ausüben lassen, noch immer bei einigen – ich möchte ungerne darüber Spekulationen anstellen, bei wie vielen – Deutschen tief verwurzelt ist.“

Denn wo liegt der qualitative Unterschied zwischen der häufig gehörten Bemerkung in diesem Land, daß „wir unter Adolf keine Pornographie, keine Taxi-Überfälle und keine Sexual-Mörder hatten“, und gewissen „Kopf-ab“-Erwägungen, denen jetzt in der Terroristenszene Ausdruck verliehen wird.“ („International Herald Tribune“ v. 13.9. 1977)

2. Wohin treibt die Bundesrepublik?

Die bereits bei der Beschäftigung mit den Ursachen und dem politischen Kontext

des Terrorismus in der BRD festgestellte Besorgnis über die Rechtslastigkeit dieses Landes verstärkt sich, wenn nach den Auswirkungen des Falls Schleyer gefragt wird.

„Trotz ihrer Verbrechen sind die 16 Terroristen nicht die größte Bedrohung einer schwachen deutschen Demokratie, sondern das offizielle Deutschland selbst. Für diejenigen, die an ein demokratisches Deutschland glauben und darauf hoffen, sind die Tage nicht schön“, erklärt das Kopenhagener „Ekstrabladet“ (am 23. 10. 1977). „Deutschland, so jedoch stehen nun manche Zeichen, tritt in den Zustand der geistigen Verdunkelung ein“, schreibt (am 25. 10. 1977) das „Berner Tagblatt“. Zurückhaltender, aber in der Tendenz sehr ähnlich, äußert sich die „Basler Zeitung“: „Eine Fahndung in der Größenordnung, wie sie in unserem Nachbarland durchgeführt wird, birgt vielfältige Gefahren. Denunziantentum muß nicht, kann aber gefördert werden, zumal mit der ‚Sympathisantenhetze‘ der letzten Tage das Klima vorbereitet wurde. Und schließlich besteht die Gefahr, daß der Fahndungsapparat auch später beibehalten wird, nur weil er effizient funktioniert. Das einmal große Kaliber wird auch dann verwendet, wenn es nicht nötig wäre. Und hier liegt eine Gefährdung für den Rechtsstaat, die die Verantwortlichen der Bundesrepublik hoffentlich erkennen.“ (21. 10. 1977)

Im „Tagesanzeiger“ (Zürich) v. 5. 10. 1977 ist zu lesen: „Aus dem Rechtsstaat droht ein Auf- und Abrechnungsstaat zu werden. Der Abwehrkampf gegen den Terrorismus hat die Bundesrepublik in einen geistigen Belagerungszustand versetzt. Wer in diesem Kampf nicht voll mithält, wird der Fünften Kolonne zugerechnet. Bereits ist es so weit, daß es niemand mehr wagt, zur Terrorismusbekämpfung ein ‚Wenn‘ oder ‚Aber‘ zu äußern, ohne gleichzeitig jede Gewalt feierlich zu verurteilen. – Die Deutschen sind auf gesellschaftliche Anpassungsdrücke ohnehin anfällig.“ Die Bundesrepublik, heißt es in

der „International Herald Tribune“ vom 27. 9. 1977, sei „dabei, sich in eine Festung zu verwandeln – hinsichtlich der Atmosphäre und auch der Mentalität. Bonn, einst als so provinziell und verschlafen angesehen wie Liechtensteins Vaduz, gleicht jetzt einer Garnisonsstadt, in der Panzerwagen, Maschinengewehr tragende Polizisten, nervöse Sicherheitsagenten mit verräterischen Ausbuchtungen unter ihren Jacken und Beamte mit grimmig dreinschauenden Hunden die ganze Zeit über die Straßen kontrollieren . . . Beunruhigender jedoch sind die Anzeichen dafür, daß das Land auf eine deutsche Version des McCarthyismus zusteuert . . .“

„Die Bundesbehörden haben sich“ – schreibt „Le Monde“ am 4. 10. 1977 – „in ihrem tödlichen Dialog mit der RAF in einen Prozeß ohne Ende eingelassen . . . Nach und nach ersetzt die Bundesrepublik die Freiheit des Bürgers durch die Sicherheit des Staates . . .“, und das niederländische „NRC-Handelsblad“ vom 2. 10. 1977 resümiert: „Vorläufig bietet die Situation in der Bundesrepublik Deutschland ein sehr düsteres Bild: Terrorismus auf der einen Seite, zunehmender hiesiger Gegenterrorismus auf der anderen Seite und ein politischer Streit, der durch die Rechtskräfte auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau geführt wird.“

Der britische „Guardian“ (v. 3. 10. 1977) konstatiert: „McCarthy lebt, und zwar gut, in Deutschland. Marie-Luise Rinser wurde in Deutschland abgesetzt von der Bühne. Die intellektuellen Kreise in Deutschland sind aufgebracht. Die Konservativen in West-Deutschland haben schon allzu lange auf diese Tag der Abrechnung mit der neuen Linken gewartet. Für sie sind Sympathisanten sogenannte Intellektuelle, weiche Liberale oder Marxisten und Leninisten . . . Das politische Klima ist schon vergiftet.“

Was die nächsten Ziele der Rechtskräfte in den verschiedenen Parteien seien, spricht die Wiener „Presse“ – die wie die meisten österreichischen Zeitungen in

diesen Tagen den Eindruck aufkommen läßt, als sei Österreich bereits ein Protektorat der Bundesrepublik – mit deutlicher Sympathie aus: „Bei den Sozialdemokraten wie bei den Liberalen gibt es Grundsätzliches seit langem endlich auszutragen. Was die Koalition betrifft, hat der Abgang von Friderichs für manche Signalwirkung. Auf Seite der Opposition wird Kohls Erscheinung immer blasser. Strauß fühlt sich bestätigt. Im Element. Lange wird es nicht dauern, bis man nicht mehr von dem unglücklichen Schleyer, sondern von dem künftigen Weg der Bundesrepublik sprechen wird. Hinter den Kulissen gruppieren sich die Akteure.“ (27.9. 1977) „Die westdeutsche Regierung“ – meint „L'Humanité“ am 10.9. 1977 – „ist dabei, denen nachzugeben, die mit großer Lautstärke eine Verstärkung des Unterdrückungsapparats fordern“, – und am 12.9. 1977: „Die Zusammensetzung des ominösen Krisenstabes, den Helmut Schmidt in diesen Tagen vereinigt, spricht Bände darüber, wie sehr er sich schon mit den fortschrittsfeindlichen Politikern eingelassen hat. Man kann sich sogar fragen, ob dieser Krisenstab nicht in gewisser Weise die Rückkehr einer großen Regierungskoalition vorbereitet, in der ein Strauß seinen Platz hat.“ Auch der bürgerliche Pariser „Figaro“ spricht am 20.9. 1977 von der Entstehung einer „heiligen Union“ zwischen den Bundestagsparteien, eine Anspielung auf die „Heilige Allianz“ der europäischen Reaktion nach dem Wiener Kongreß von 1815.

Zumindest der zweite Teil der nachstehenden Überlegungen von „Le Monde“ (v. 15.9. 1977) erscheint bisher als zu schön, um wahr zu sein, selbst wenn neuerdings auch SPD-Politiker Erklärungen gegen das Wiederaufleben rechtsextremer Strömungen abgegeben haben: „In Bonn will man offensichtlich vermeiden, den Beschuldigungen derer Vorschub zu leisten, die die Befürchtung hegen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland aus einer Reaktion heraus zu einem rechten Polizeistaat entwickelt. Mithin ist es nicht auszuschließen, daß nach der Affäre

Schleyer das Aufflammen der linksextremen Gewalt die Bundesregierung veranlassen wird, auch ihren – bisher reichlich lauen – Kampf gegen das Wiederaufleben einer rechtsextremen Gewalt zu verstärken.“

3. Zweifel an der BRD-offiziellen Darstellung der Vorgänge in Stammheim

In den Nachbarländern der Bundesrepublik ist bis heute die Bereitschaft gering, sich mit den Widersprüchen und Lücken in den bekanntgewordenen Stuttgarter und Bonner Versionen über die Vorgänge in Stammheim (um den Tod der Häftlinge Baader, Ensslin und Raspe) zufriedenzugeben. „La Stampa“ (Turin) schreibt am 19. 10. 1977: „Es handelt sich um eine finstere Tragödie mit beunruhigenden Aspekten. Die Terroristen waren zwar wegen Mord und Entführungsdelikten verurteilt, aber ihr verzweifeltes Ende weckt Mitleid und Fragen über ihr verfehltes Leben. Die anormalen Umstände ihres Endes fordern, daß die Wahrheit mit äußerster Gründlichkeit ans Licht gebracht wird. Jeder Tod im Gefängnis erregt Verdacht, noch dazu mit angeblich eingeschmuggelten Waffen...“ Auch der „Corriere della Sera“ (Mailand) vom gleichen Tage meint: „Der Selbstmord der Gefangenen in Stammheim beweist einerseits die Sinnlosigkeit des Terrorismus, andererseits sind die Umstände des Selbstmords von Baader und Genossen mysteriös. Es ist dringend erforderlich, daß die deutsche Justiz die näheren Einzelheiten in ein helleres Licht rückt. Hierbei handelt es sich nicht mehr um eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik, sondern um etwas, was die gesamte zivilisierte Welt angeht. Wie haben die Häftlinge sich Waffen beschaffen können? Wozu haben also unter diesen Umständen die Kontaktsperre-Maßnahmen genützt?“ In „Paese Sera“ heißt es am 20.10. 1977: „Die Ereignisse von Stammheim sind beunruhigend, nicht allein wegen der Verletzung der Gesetze und Prinzipien des Staates, sondern auch weil sie an nicht identifizierte Einflüsse

von außen denken lassen, die sich offenbar der politischen Kontrolle entziehen. Dies ist eine schwerwiegende Hypothese, die auf der Bundesrepublik lastet. Insbesondere auch wegen der Rolle, die dieses Land in Europa spielt."

Die konservative norwegische „Aftenposten“ überschreibt ihren Bericht am 20. 10. 1977: „Starker Zweifel an Selbstmordtheorie“. In Athen gibt die Partei Andreas Papandreous am gleichen Tage eine Erklärung ab, in der es im Blick auf die Stammheimer Vorgänge heißt: „Terror-Aktionen staatlicher Organe, die gegen eigene Bürger gerichtet seien, seien besonders grausam.“ Die Bundesregierung sei verpflichtet, nicht nur Erklärungen abzugeben, sondern auch Beweise zu geben, daß die Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe nicht hingerichtet worden seien. Sollte sie das nicht tun, würde man sie für die Schaffung eines „Klimas verantwortlich machen, welches an die Nazizeit erinnere“. Ein Gefangener müsse nach den Gesetzen aller kultivierten Länder geschützt werden. Sollte die Bundesregierung keine Beweise erbringen, so sollte die griechische Regierung die Angelegenheit wegen Verletzung der Menschenrechte vor den Europarat bringen. In „Le Monde“ heißt es am 25. 10. 1977: „Sicher, Schmidt und Giscard d'Estaing können ein gutes Gewissen haben... Sie haben die Ordnung verteidigt, aber diese Ordnung ist ebenso barbarisch wie die Unordnung, über die sie triumphieren... Die Terroristen verdienen nicht, daß man sie wie Hunde behandelt, sie in Gefängnisse einschließt, in denen sie mit wissenschaftlicher Grausamkeit behandelt werden und man sie zum Selbstmord treibt.“ In einem weiteren Beitrag in „Le Monde“ vom 25. 10. 1977 erklärt der Amerikaner Buchanan, Autor eines Buches über den Kennedy-Mord, Selbstmord der drei Terroristen ohne Beihilfe sei absolut ausgeschlossen, und der „Corriere della Sera“ erklärt am 26. 10. 1977: „Was in Stammheim passiert ist, bleibt nach wie vor mysteriös. Wenn man der weitgehenden Hypothese folgen

würde, nämlich der, daß ein Minister die Ermordung befohlen oder ein Beamter aus eigener Initiative gehandelt oder der Geheimdienst die Bluttat ausgeführt habe, so wäre dies eine monströse Verletzung der Legalität... Angesichts der tiefgehenden Empörung in Italien über das, was in Deutschland geschieht, bleibt wenigstens die Hoffnung, daß diese Proteste ein Ergebnis bringen, das die Normalität wieder herstellt. Der deutsche Staat kann noch seine Ehre retten.“

4. Angst vor einem Export des „Modells Deutschland“

In der eingangs zitierten Fernsehsendung vom 2. 11. 1977 über die angeblich „anti-deutschen“ Stimmen in Westeuropa wurde als besonders unverständlich vermerkt, daß solche Kritik ausgerechnet aus mit der Bundesrepublik eng verbündeten Ländern komme. Aber gerade wegen dieser Verflechtung in EG, NATO usw. fürchten von Italien über die Schweiz bis Dänemark alle Anrainer einen möglichen „Import ‚deutscher Zustände‘“ („De Volkskrant“ v. 16. 10. 1977), zumal die Bundesrepublik selbst sich anmaßend als „Modell Deutschland“ präsentiert.

Die Assoziationen, die der Großmachtsanspruch der Bundesrepublik auch im westlichen Ausland wachruft, spiegelt der folgende Ausschnitt aus der französischen Zeitung „Le Matin“ (v. 20. 9. 1977) wider: „Die moralische Vormundschaft von seiten der Exverbündeten hat lange genug gedauert. Deutschland hat sich wieder aufgerichtet. Unter den Ländern Europas brüstet sich die Bundesrepublik im stolzen Panzer ihrer Mark und ihrer Disziplin. Endlich geht sie aus dem langen Krieg dank ihrer Zähigkeit als Sieger hervor. Heute ist sie mit sich zufrieden. Sie gefällt sich. Sie fühlt sich geradezu als Vorbild. Von nun an zählt Deutschland in Mark. Es hat sich reichlich freigekauft. Schluß mit dem schlechten Gewissen. Die ‚neue moralische Ordnung‘ wird von den internationalen Banken garantiert. In der Tat ist der ehemalige SS-Oberst Herbert

Kappler ein Symbol von Gehorsam. Heute wie gestern bleibt die Hierarchie der geheiligte Wert in Deutschland. Die Bundesrepublik ist Garant der Stabilität . . .“

„Beunruhigendes Deutschland, das Giscard d'Estaing uns als Modell vorhalten wollte“, schreibt „L'Humanité“ am 12.9. 1977, und die Londoner „Times“ vom gleichen Tage konstatiert für die BRD „eine Gefahr, daß ihre innere politische Entwicklung sie nach und nach abdriften lassen (könne) von der gemeinsamen Mitte, die Europa zusammenhält“. Der italienischen Zeitung „Paese Sera“ zufolge „geht die Schizophrenie der deutschen Politiker – liberal nach außen einerseits, mit Berufsverbot im eigenen Haus andererseits – weiter. Sie läuft Gefahr, von den beunruhigenderen, aber vielleicht glaubwürdigeren Positionen der CDU/CSU überwunden zu werden. Denn auch die Opposition bietet der Welt und Europa ein eigenes ‚Modell Deutschland‘ an.“ (25.10. 1977)

In der „Basler Zeitung“ vom 28.9. 1977 wird als einer der „Erfolge“ der Anarchisten angeführt, „daß – sogar hierzulande (d. h. also in der Schweiz) – allmählich ein freiheits- und demokratiefeindliches Bürgerwehrklima zu entstehen droht . . .“ Die dänische „Information“ vom 6.10. 1977 meint in ihrem Leitartikel, die bundesdeutsche Gesellschaft „weiger(e) sich mit steigendem Fanatismus, ihren Kritikern in die Augen zu sehen“.

Das Kopenhagener „Ekstrabladet“ (vom 29.11. 1977) erklärt: „Auf längere Sicht ist es am gefährlichsten, wenn sich die dänische Polizei zu wohlwollend zeigt, den Wunschtraum der deutschen Polizei nach einem Europa zu verwirklichen, das von Bonn aus und mit einem Franz Josef Strauß als politischem Einpeitscher dirigiert wird. Daher ein guter Ratschlag an die dänische Polizeiführung: Es darf keine inoffiziellen Kanäle unter oder über die deutsch-dänische Grenze geben. Man muß amtliche Anträge fordern und diese in Ruhe und mit gesunder Vernunft über-

prüfen. Terrorhysterie ist fast so gefährlich wie Terrorismus.“ Auch der „Groene Amsterdamer“ vom 9.10. 1977 sieht die Gefahr, daß der gewöhnliche Polizeibeamte durch eine militarisierte Polizeimacht ersetzt werde, die weniger dem Schutz des Bürgers als der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung zugutekomme. Der europäische Vertrag zur Bekämpfung des Terrorismus drohe, die juristische Landkarte von Westeuropa zu verändern, den liberalen Rechtsstaat zu verdrängen und eine europäische polizeiliche Einheit nach westdeutschem Muster zu schaffen.

Die Mißachtung der geltenden Rechtsgrundlagen bei der Zulassung bundesdeutscher Polizeimaßnahmen innerhalb der Niederlande hat in der dortigen Öffentlichkeit viele kritische Reaktionen hervorgerufen.

Eine Karikatur in „De Volkskrant“ vom 29.9. 1977 mit der Überschrift: „Die Rheinprovinz“ zeigt den niederländischen Minister Gaay-Fortman als „Justizminister des westdeutschen Teilstaates Niederrhein“. Neben dem Minister eine Zelle, in der ein deutscher Polizist jemanden verhört . . .

Zur bundesdeutschen Klage über die „antideutsche Kampagne“ in Frankreich schreibt die Berner „Tagwacht“ am 13.10. 1977: „Ordnungshysterie wurde somit auch nach außen projiziert. Man sah sich schon am Vorabend eines neuen deutsch-französischen Krieges, zumindest auf dem Zeitungspapier . . .“ In Frankreich hat sich die Forderung der Bundesrepublik nach Auslieferung des Anwalts Klaus Croissant zu einer Art Prüfstein dafür entwickelt, inwieweit das Land noch bereit oder in der Lage sei, seine Souveränität und seine Rechtsordnung vor Pressionen des expansiven Nachbarn BRD zu bewahren. Eindrucksvoll hat dazu in „Le Monde“ vom 13.10. 1977 Serge Klarsfeld Stellung genommen: „Ich gehöre einer politischen Familie an, die in Opposition zu den Klienten von Anwalt Croissant steht . . . Um so

leichter fällt es mir, die Richter des Appellationsgerichts über die unzulässige Haltung der deutschen Justiz gegenüber Nazi-Verbrechern, die in Frankreich gewirkt haben . . . Wie kann man die Auslieferung von Anwalt Croissant fordern, wenn man deutsche Anwälte schützt, die Spezialisten politischer Verbrechen eines Ausmaßes waren, das in keinem Verhältnis zu denjenigen der Baader-Bande steht? . . . Die Auslieferung von Anwalt Croissant würde von einem neuen und furchterregenden Kräfteverhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zeugen.“ Bereits in „Le Matin“ vom 3.10. 1977 hatte es zur Verhaftung von Croissant in Paris geheißt: „Man wußte von der Existenz von Polizeistaaten. Man weiß von nun an, daß ein gemeinsamer ‚Polizeimarkt‘ existiert. Die Verhaftung von Anwalt Croissant durch die französische Polizei ist seine erste Auswirkung. An Beweisen dafür fehlt es nicht, angefangen vom Jubel der deutschen Presse . . . Man darf sich nichts vormachen. Der Fall Croissant geht über die Persönlichkeit und die Rolle des Stuttgarter Rechtsanwalts hinaus . . . Die Deutschen wollen Croissant einen ‚Muster‘-Prozeß machen. Mit der Antwort auf die Frage: ‚Auslieferung oder nicht‘ werden die Richter der Anklagekammer in der Tat die Temperatur der Beziehungen zwischen der liberalen fortgeschrittenen Gesellschaft und der Sozialdemokratie nach deutscher Art für die künftigen Tage festsetzen. Das ist viel verlangt von Richtern.“ Am 10.10. 1977 erklärte „Le Matin“, wenn die Auslieferung Croissants an die BRD verweigert werde, „dann würde dies den totalitären Methoden einen Ein-

halt gebieten, die, von der Bundesrepublik ausgehend, sich über Europa ausbreiten könnten“.

Die Vielzahl besorgter Stimmen aus dem Ausland dürfte bei allen, die sie im tatsächlichen Wortlaut hören, zumindest Nachdenklichkeit auslösen. Gelegentliche Überspitzungen ändern nichts daran, daß es zum eigenen Schaden der Bundesrepublik wäre, die Kritiker schlicht zu ignorieren. Die Turiner Zeitung „La Stampa“ hat am 24.10. 1977 einen Zusammenhang formuliert, den aufmerksam zur Kenntnis nehmen sollte, wer da von „antideutscher Welle“ spricht. „Es ist schwierig, diese Deutschen zu verstehen, die sich selbst weigern, die anderen zu verstehen. Man kann sehen, daß die Intoleranz die dominierende Charakteristik der Deutschen von 1977 ist.“ – Ein Pauschalurteil, das letztere, und ungerecht wie jedes Pauschalurteil, aber es trifft den wunden Punkt: Wenn diese Bundesrepublik sich nicht endlich wirklich von den Schatten der faschistischen Vergangenheit befreit, nicht mit dem alten und neuen Antikommunismus, mit Berufs- und Denkverboten bricht, wird sie sich isolieren oder zum Ansteckungsherd in Europa werden. Daß unsere Nachbarn eine solche Entwicklung nicht länger einfach hinzunehmen bereit scheinen – schon aus zunehmender eigener Mitbetroffenheit heraus –, sollte in der Bundesrepublik nicht als antideutsche Einmischung, sondern als eine Hoffnung für die Sache der deutschen Demokratie aufgenommen werden.

Karl D. Bredthauer

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

- 86 **Bayertz/Schleifstein** Mythologie der „kritischen Vernunft“. 270 S. DM 14,80
- 89 **Apel** Umfrage UdSSR und Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
- 91 **Prelß** Humanisierung der Arbeitswelt. 132 S. DM 12,80
- 94 **Mannhardt/Schwaborn** Zivildienst Handbuch. 142 S. DM 9,80
- 95 **Sandkühler** (Hrsg.), Betr.: Althusser. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein